

Nein zum 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm

In Russland und vielen anderen Ländern hat es bereits Anti-kriegsdemonstrationen gegeben. Was wir jetzt brauchen, ist eine massive, einheitliche Reaktion von friedliebenden Menschen auf der ganzen Welt, um Nein zum Krieg in der Ukraine zu sagen. Ja zu Verhandlungen und Frieden!

DIE LINKE. Wetterau wendet sich energisch gegen die Beschlüsse des deutschen Bundestags, die Militärausgaben zu verdreifachen und dies sogar im Grundgesetz festzuschreiben. **Keine Bombe, kein Panzer wird die Welt sicherer machen. Aufrüstung ist kein Weg zum Frieden!**

Und außerdem: Wer soll die Rechnung bezahlen? Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und mehr als 2% des BIP für Aufrüstung - bei gleichzeitiger Schuldenbremse: Das bedeutet, dass genau dieses Geld für renovierte Schulen, stabile Renten und im Kampf gegen den Klimawandel fehlen wird. Der nun begonnene Wirt-

schaftskrieg gegen Russland wird besonders die Preise für Grundversorgung und Energie weiter nach oben treiben. Außenministerin Baerbock sagt, sie ist bereit, diesen hohen Preis zu zahlen. Die Bevölkerung wurde nicht gefragt. **Ein Wirtschaftskrieg trifft immer den ärmeren Teil der Gesellschaft.** In der Ukraine, in Russland und auch in Deutschland.

Wird die Bundesregierung mit der gleichen Leichtigkeit wie sie die Rüstungsindustrie mit Geld versorgt auch für die sozialen Folgen von Sanktionen Geld ausgeben?

Dass die Bundesregierung die Rüstungskonzerne und Superreichen jetzt zur Kasse bitten wird, davon ist

bisher nichts zu hören. Und diese Aufrüstungsmilliarden werden Kriege nicht verhindern:

Die NATO gibt jetzt schon 15mal so viel für Rüstung aus wie Russland. Und auch die NATO hat Atomwaffen. Ein Angriff einer Atommacht auf eine andere Atommacht wäre Selbstmord.

Deshalb:

■ Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder, Frieden jetzt!

■ Ein soziales Investitionsprogramm im Gesundheitssektor, in der Bildung und für den Klimaschutz statt Hochrüstung.

■ Statt Aufrüstung: Gemeinwohl finanzieren, Armut bekämpfen, soziale Gerechtigkeit herstellen.

Mit dem Artikel auf Seite 7 haben wir uns entscheidend geirrt. Was uns - und wahrscheinlich den meisten Menschen - bis Redaktionsschluss dieser Zeitung äußerst unwahrscheinlich vorkam, ist bittere Realität geworden. Russland führt einen Angriffskrieg!

Stoppt den Krieg!

Jetzt: Waffenstillstand und Verhandlungen!

DIE LINKE. Wetterau verurteilt den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine aufs Schärfste! Diese kriegerische Aggression erhöht die Gefahr eines Flächenbrands in Europa. Absolut verantwortungslos ist Putins Drohung mit einem Atomkrieg.

Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf um Einflusssphären leiden und nun von den Kampfhandlungen betroffen sind.

In den letzten Jahren hat die NATO mit ihrer Aufrüstung und ihren Erweiterungsplänen zur Eskalation beigetragen. Aber: Die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Angriff russischer Truppen sind keine »Friedensmis-

sion«, sondern völkerrechtswidrig und Akte des Militarismus. Wir stellen uns aggressivem Nationalismus entgegen.

Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden. Die Menschen dürfen nicht mehr Spielball geopolitischer Interessen sein. Wir müssen aus der Eskalationsspirale ausbrechen – von ihr profitieren nur die Rüstungskonzerne.

Es braucht einen Politikwechsel: Für gewaltfreie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation.

DIE LINKE.

fordert:

■ Sofortiger Waffenstillstand bis zu einem Verhandlungserfolg!

■ Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden! Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt das Ziel.

■ Die russischen Truppen müssen zurückgezogen werden!

■ Keine Ausdehnung der NATO auf das Gebiet der Ukraine! Keine Waffenlieferungen!

■ Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an den Grenzen zwischen Russland und NATO-Mitgliedsstaaten.

■ Geflüchtete schützen! Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern.

■ Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmacht-politik!